

in oder gebe
zige Zigaretten
n an in e
Anfang ist es
scheiden und
getrockneten
auf die Jung-
Beim Abfließen
in zuerst vom
Die Milch
Raum die
den, um Ge
t der regel-
aber niemals
eine reichliche
alle die Leber-
angegeben
Man bringt
der Milch auf
saures Ra
30 Grad in
nach amtlichen
00.6 Millionen
über 20 Mil-
Kal: in Holland
5, in Schweden
in Paris 31, in
(Hannover) hat
Gesellschaft in
Nürnberg, wurde
das rindische Hin-
weis enthält.
s groß.
e Markt mit
Preise von 15
behaft.
weine: Zuckris
0-385 000 A.
tlich, Preis bei
und Schmelz-
zugeführt. Die
A. für Jungvieh
wurden 800 000
zum Frucht-
St. Roggen
K für Weizen
erfte 30-31 000
ng. Die Kochen
unmöglich. Des-
trocknet und
rzeugt!
kron
e-Essenz
Qualität.
roffen bei
Nagold
ttgart
rau
ngsfunde
n, Fein,
Granbr-
krat.
man nur
ald in den
Nagold.
B. Kaiser.

Schreibt an jedem Arbeitstag. Die Abonnenten erhalten sämtliche Postkarten und Postboten entgegen.
Bezugspreis im April 1920. — Einzelnummer 120.—
Anzeigen-Gebühr für die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 1/2 150.—, Familienanzeigen, 120.—, bei mehrmaliger Rückzahlung nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konturfällen der Rabatt fünfzig.

Der Gefellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Bestellte Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.
Telegraphen-Adresse: Gefellschafter Nagold.
Postfachkonto: Stuttgart 5118.

Nr. 106

Dienstag, den 8. Mai 1923

97. Jahrgang

Unser Tribut

Das ist der richtige Name. Jede andere Bezeichnung, vor allem die schönbar gerechtfertigende Formel "Wiedergutmachungen" (reparations) ist ein kühner Versuch, die Ausbeute, unter dem die wüsten Absichten der Feinde sich Hab- und Raubjagd verdeckt werden sollen. Nicht mehr ein Mal, und ein Mal, wird durch alle gegnerlichen Versicherungen, mit denen seiner Zeit der vollendete Herrscher die unsere Erde getragen hat, Wilson uns zur Schlachtbank gelockt hat, — wir haben es mit edlen und gerechten Tribut zu tun, so wie seinerzeit die Ägypter und Babylonier und Römer ihren besiegten, unterworfenen Völkern auferlegt hatten.

Nachdem nun von deutscher Seite ein neues Angebot gemacht worden ist, da muß man billigerweise daran erinnern, daß wir überhaupt schon viel zu viel an "Wiedergutmachungen" bezahlt haben, ungeheure Summen, die aber nicht zu dem richtigen Zweck, zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, sondern für Kanonen und Flieger und U-Boote verwendet wurden.

Die neue große Summe ist unsern Lesern aus früheren amtlichen Mitteilungen bekannt, nämlich daß wir bis jetzt nicht weniger als 57 534 532 000 Goldmark bezahlt haben. Diese 57 Milliarden Goldmark brücken aber nicht aus den Grad des Verlustes aus, den die deutsche Volkswirtschaft durch diese Leistungen erlitten hat. Um nur eines herauszugreifen: wir meinen den Verlust der Kolonien. Zuerst hat in einem Artikel des "Wirtschaftsdienstes" vom 30. September 1921 den Ertragswert unseres gezeigten Kolonialbesitzes auf 7,5 Milliarden Goldmark (der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Seif, auf 110 Milliarden) geschätzt. Der bekannte Führer der englischen Arbeiterpartei C. P. Worsell schreibt hier in seiner Klugheit "Das Gift, das zerbröckelt" u. a.: "Der mögliche Wert des allein in England zugeflossenen deutschen Kolonialbesitzes (1700 340 Quadratmeilen) beläuft sich auf viele Tausend Millionen Sterling. Auf Zeit gerechnet werden die Summen, die allein aus den ehemaligen deutschen Besitztungen gezogen werden können, die Gesamtleistungen bedeutend überschreiten." Nebenbei gesagt: Wenn je England uns die Kolonialfrage erläßt, so würde das keine besonders "großmütige" Tat sein. England ist durch den Kolonialraub in Afrika mehr als hinreichend für seine Kriegsverluste entschädigt.

Wenn wir nun die beiden Beträge zusammen, so kommt man zu einer Riesensumme von 134 854 532 000 Goldmark, um die das deutsche Volksvorwissen geschädigt worden ist. Niemals seit die Welt steht, hat eine Bevölkerung eines Volkes in solchem Umfang zunichtegemacht, und die Tatsache, daß Deutschland schon fast die Hälfte des Volksvorwissens der Vorkriegszeit durch den Vertrag von Versailles eingebüßt hat, ist unumwandelbar" (Elder von Braun, Präsident des Reichswirtschaftsrats).

Nun vergesse man nicht, welche ungeheure wirtschaftliche Einbußen wir seit Versailles erlitten haben und täglich erliden durch den Übergang deutscher Sachwerte (Grundstücke, Gebäude, Aktien und Hypotheken) an das Ausland zu einem Preise, der heute nur 4-8 Prozent des wirklichen Wertes beträgt. Und dann die Steinkohlenförderung in Deutschland. Sie belief sich 1918 auf 190 109 000 Tonnen, 1921 — also wo wir noch Oberschichten hatten — sank sie auf 113,8 Millionen Tonnen. Dazu kommt noch die verminderte Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters, welche gegen 1913 um 39 Prozent zurückgegangen ist. Und wenn auch die Arbeiterzahl um 24 Prozent erhöht wurde, so bleibt doch noch eine Verminderung von 18 Prozent zurück.

Und wie die Steinkohlenförderung, diese wichtigste Nahrungsquelle der Industrie, notgelitten hat, so nicht viel weniger die Landwirtschaft. Die Brotproduktion ist halb so groß wie die Friedenszeit, die Futtermittelproduktion beträgt wenig mehr als die Hälfte. An Fleisch und Fett haben wir nur noch 40-50 Prozent des Friedensverbrauchs, an Milch auch nur die Hälfte zur Verfügung. Die Ernährungslage ist schon in diesem Jahr so gefährdend, daß man den letzten Monaten des Erntejahres nur mit schwerer Sorge entgegensehen kann, doch ist zu hoffen, daß die gute Kartoffelernte uns über das Schlimmste hinweghelft" (v. Braun).

Wir spielen also nicht "Hungerkomödie", wie seinerzeit Daubert in der französischen Kammer behauptete, wir haben nicht "fast nichts an Wiedergutmachungen" geleistet, wie der Engländer Poincaré unlängst behauptet hat. Nein, das gerade Gegenteil ist wahr. Das muß aber alle Welt erfahren.

Obige Zahlen sind Wahrheiten, furchtbare Wahrheiten. Wahrheit ist aber auch, daß nach dem Urteil von genauen Kennen unserer Wirtschaft die heutige Produktion in unserer Gesamtwirtschaft auf nur 60 bis 70 Prozent der Vorkriegsleistungen geschätzt wird.

Deutschland ist heute nach dem Raubzug ins Ruhrgebiet an der Grenze anfangs, die man mit dem Worte "Ver-

nichtung" bezeichnet. Am 20. Februar 1918 erklärte Lord Milner im englischen Kriegsrat: "Wir kämpfen nicht, um Deutschland seine Unabhängigkeit zu nehmen oder um es von seinem billigen Anteil an dem Handelsverkehr der Welt auszuschließen." Und der frühere amerikanische Präsident Roosevelt hatte am 10. Oktober 1914 gewarnt: "Eine Vernichtung oder nur Verkrüppelung Deutschlands, die zu seiner politischen Ohnmacht führen würde, wäre eine Katastrophe für die Menschheit."

Jetzt hat die gestirnte Welt, England voran, Gelegenheit, uns vor der drohenden Vernichtung zu bewahren. Das deutsche Volk will geneigt sein, unterworfenen Völkern eine Aufrechterhaltung nach dem Tode ist für uns zu spät!

W. H.

Lasten und Leistungen

Weshalb ungeheures Unglück Deutschland mit dem Vorkriegsstand, 30 Milliarden Goldmark zu zahlen, von denen die ersten 20 Milliarden sogar sofort zur Zeichnung auszuliegen sein würden, gemacht hat, wird besonders deutlich durch eine Berechnung der Steuerlast, die schon jetzt die deutsche Volkswirtschaft zu tragen hat. Um jedoch durch den Scheiter, mit dem die Goldwertung die ganze Finanzwirtschaft umhüllt hat, darzutun, daß man die Papiermarkzahlen auf eine feste Grundlage, die sogenannte Goldmark beziehen. Freilich, der Begriff der Goldmark ist nicht mehr eindeutig. Man kann eine Goldmarkgrundlage herstellen einmal dadurch, daß man die Einnahmen auf den jeweiligen Dollarstand — in der Annahme, der Dollar stelle den Goldwert dar — berechnet.

Diese Goldmarkzahlen würden aber keinen sachgemäßen Ausdruck für die tatsächliche Goldbelastung der deutschen Volkswirtschaft geben, sie wären viel zu niedrig, da die Kaufkraft der Mark im Inland eine größere ist als auf dem Weltmarkt. Näher kommt man der Wirklichkeit schon dadurch, daß man als Goldgrundlage die Großhandelsindexziffern nimmt und auf Grund dieser die Papiermarkzahlen in Goldmark umrechnet. Man erhält dadurch ein Bild von den Reicheinnahmen, die zur Deckung der notwendigen Ausgaben, insbesondere der Ausgaben jachtlicher Natur, zur Verfügung stehen. Das ist aber immer noch kein Ausdruck für die Goldbelastung der deutschen Volkswirtschaft, auch diese Zahlen sind noch zu niedrig. Einen Ausdruck für die Goldbelastung der deutschen Volkswirtschaft erhält man erst durch Umrechnung der Papiermarkzahlen in Goldmark auf Grund der Lebensmittelindezziffern. Denn die Einnahmen des Reichs können immer nur aus den privaten Einkommen geschöpft werden, dies aber dürfte sich im großen Gesamtmaßstab nicht auf dem Stand der Lebenshaltungskosten bewegen.

In den Aufstellungen des Städtischen Reichsamts über die Reicheinnahmen, die indessen für die letzten Monate 1922 noch nicht endgültig sind, fällt zunächst die starke Verschiedenheit zwischen den über den Großhandelsindex und über den Lebenshaltungsindex berechneten Ziffern auf. Die Großhandelsindex-Goldmarkzahlen sind in allen Monaten tiefer als die Lebenshaltungsindex-Goldmarkzahlen, zum Teil betragen sie doch die Hälfte der letzteren. Das ist von weittragender Bedeutung nicht nur für den Reichshaushalt, sondern nicht minder für die gesamte Volkswirtschaft. Denn es zeigt, daß infolge der herabgedrückten Lebenshaltung der Gesamtbevölkerung — die in der Spanne zwischen Großhandelspreisen und Lebenskosten zum Ausdruck kommt — die für die Ausgaben zur Verfügung stehende Kaufkraft der Reicheinnahmen viel geringer ist als die Belastung der Volkswirtschaft durch eben diese Reicheinnahmen. Die Volkswirtschaft trägt infolgedessen gewissermaßen eine todt Last mit sich. Die Steuerlast ist größer als die Kaufkraft der entsprechenden Einnahmen.

Betrachtet man die Goldbelastung auf Grund der Lebensmittelindezziffern, so zeigt sich im Laufe des Jahres 1920 ein mächtiges Ansteigen, von 130,6 Millionen Goldmark im Januar auf 715,0 Millionen Goldmark im Dezember. Der Monatsdurchschnitt stellt sich auf 236,8 Millionen. Im folgenden Jahr hält sich die Belastung, im großen ganzen auf der Höhe der letzten Monate des Jahres 1920, der Monatsdurchschnitt übersteigt mit 316,5 Millionen den von 1920 beträchtlich. Das Jahr 1922, in dem sich die Belastung bis etwa zur Mitte auf der Höhe von 1921 bewegt, bringt in den letzten Monaten ein starkes Absinken. Diese Zahlen dürften aber — da noch Eingänge im Jahre 1923 für 1922 zu buchen sein werden — zu niedrig sein. Der Monatsdurchschnitt stellt sich auf 227,7 Mill. Berechnet man die Kopf-Verlastung, so ergibt sich im Monatsdurchschnitt 1920 eine solche von 3,51 Goldmark 1921 von 8,48 Goldmark, 1922 von 5,38 Goldmark (letztere Zahl aber, wie erwähnt, viel zu niedrig).

Stellt man diesen Beträgen die Belastung in der Vorkriegszeit gegenüber, so zeigt sich, in welcher enormen Weise die Steuerbelastung nach dem Krieg gestiegen ist. Nach der Reichstatistik betrug die Belastung auf den Kopf an Steuern und Zöllen im Reich und Bundesstaaten im Jahr 1910: 43,02 Mark, im Jahr 1914: 53,11 Mark; dies würde einem Monatsdurchschnitt von 3,51 Mark im Jahr 1910 und

4,48 im Jahr 1914 entsprechen. Die Belastung war somit rein zahlenmäßig in der Vorkriegszeit um etwa die Hälfte geringer als in den Jahren 1921 und 1922. Allein schon diese Steigerung von fast 100 Prozent würde eine außerordentliche Zunahme der Steuerlast bedeuten. In Wirklichkeit ist die Mehrbelastung aber noch eine viel größere. Nicht nur auf die absolute Höhe der Steuerlast kommt es an, sondern erst das Verhältnis zwischen Steuerlast und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft oder was das gleiche ist: Kaufkraft und Steuerkraft der Bevölkerung ist ein zutreffender Ausdruck für die Steuerlast. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft, die Kauf- und Steuerkraft der Bevölkerung ist aber durch den Krieg und vor allem durch den Friedensvertrag, außerordentlich geschwächt und herabgedrückt worden. Vor dem Krieg ruhte die Steuerlast auf einem wohlhabenden, ja reichen Land und Volk, das diese Last zu tragen vermochte; gegenwärtig ruht sie hinter einer bedeutend größeren Steuerlast auf einem verarmten Volk, das diese Last nur unter großen Mühen, Opfern und Entbehrungen aufbringen vermag. Denn es ist ein großer Unterschied, ob die Steuer aus freier Verfügung stehenden Einkommensstellen entrichtet werden kann, oder ob, wie gegenwärtig, die Lebenshaltung eingegrenzt werden muß, um die Steuern zahlen zu können. Schon die zahlenmäßig gleich große Belastung würde infolgedessen heute viel härter gespürt, an wie viel mehr muß eine fast 100prozentige Mehrbelastung die Volkswirtschaft drücken.

Einen zahlenmäßigen Ausdruck für den Rückgang des Volkseinkommens zu gewinnen ist freilich schwer, und man wird sich hier mit Annäherungswerten auf Grund von Schätzungen begnügen müssen. Vor dem Krieg wurde das gesamte deutsche Volkseinkommen auf rund 30 Milliarden (von Heller) geschätzt. Gegenwärtig hat man Anhaltspunkte in der Einnahmensteuer. In der Mitte des Jahres 1922, Monat Juni, kamen 7686,3 Millionen Papiermark an Einkommenssteuern auf, dies ergibt bei einer Einkommenssteuer von 10 Prozent ein monatliches Einkommen von 76,9 Milliarden. Die weitaus größte Mehrzahl der Personen, etwa zwei Drittel, dürften Lohn- und Gehaltsempfänger sein, die nur 10 Prozent Einkommenssteuern zahlen; es wären noch die höher veranlagten Personen zu berücksichtigen mit einem Jahreseinkommen von rund 25 Milliarden, in der Annahme nämlich, daß dieses letzte Drittel nicht 10 Prozent, sondern 20 Prozent Einkommenssteuern durchschnittlich zahlt. Außerdem sind das abgesagene Existenzminimum die Kinderzuschüsse und die unter der Grenze des Existenzminimums fallenden Steuerfreien Personen in Rechnung zu stellen mit, gut gerechnet, 10 Prozent der steuerbaren Einkommens. Ergibt sich somit ein monatliches Einkommen von 112,7 Milliarden und infolgedessen ein Jahreseinkommen im Jahr 1922 von 1352,9 Milliarden Papiermark. Die Berechnung in Gold kann einmal auf den damaligen Dollarstand erfolgen, dann erhält man eine Zahl, die mit dem Friedenseinkommen vergleichbar, aber gemessen an der Inlandskaufkraft der Mark zu gering ist. Um in letzterer Hinsicht der Wirklichkeit mehr zu entsprechen, muß man die Papiermark auf den Lebenshaltungsindex beziehen. Auf den Dollarstand umgerechnet erhält man für 1922 ein Volkseinkommen von etwa rund 12 Milliarden Goldmark. Auf den Lebenshaltungsindex bezogen dagegen etwa noch ein Mal so viel: 24,3 Milliarden Goldmark. Vergleich mit dem Vorkriegs Volkseinkommen beträgt somit gegenwärtig dieses, am Dollarstand gemessen, ein reichliches Viertel am Lebenshaltungsindex gemessen etwas über die Hälfte.

Das Kriegsgericht in Werden

Von einem deutschen Juristen

Der Krupp-Prozess in Werden a. d. R. wird im Rahmen späterer Geschichtsschreibung als eine lächerliche und abgeschmackte Komödie erscheinen, deren sich nur die Franzosen zu schämen haben, die heute den verzweifelten Versuch machen, die Blutschuld der Karlistagatagodie von ihren Händen abzumachen. Lächerlich ist an diesem Prozess fast alles, auch wenn es dabei für keinen Beteiligten etwas zu lachen gibt. Das Verfahren findet vor einem französischen Kriegsgericht mitten im Frieden auf deutschem Boden statt. Die Stadt Werden ist durch Bagarre von der deutschen Umwelt abgesperrt. Und wenn auch die deutsche Presse in ihrer Berichterstattung angeblich nicht behindert werden soll, ist vor allem durch eine beschränkte Telegrafentelegrammleitung Werden-Paris dafür gesorgt, daß die französische "Aufzählung" nicht zu kurz kommt. Der Prozess ist, man möchte sagen, aus Willkürlichkeiten und Rechtsunwidrigkeiten zusammengesetzt. Die Anklage gründet sich nicht auf ein Gesetz, sondern auf eine Verordnung Nr. 22 des General Degoutte, also auf den höchst fragwürdigen Befehl eines militärischen Gebietsoberbefehlshabers. Sie bedroht die "Sicherung der öffentlichen Ordnung" und ein "Komplotz gegen die Sicherheit der französischen Truppen" mit den blutigsten Strafen, mindestens aber 10 Jahren bei schweren Verbrechen. Das "Komplotz" wird darin gesehen, daß die Direktion des Kruppwerkes schon am 10. Januar ds. J., also vor Erscheinen der französischen Truppen Beschlüsse

über Maßnahmen bei einer Besetzung, insbesondere über das Heulen der Sirenen gefaßt hatte. Die Sirenen sollten lediglich das Zeichen geben, daß sich die Arbeiter aus ihren Werkstätten zu entfernen haben. Die Franzosen scheinen aber das Sirenenheulen als eine Art kriegerisches Gegenstück zu ihrem Clairon-Spektakel (die „Clairons“ sind die widerlich klingenden Signalhörner der französischen Truppen) aufzufassen. Genuß, auf diesem Weg konnte man auch den obersten Leiter des Essener Werks, dem Herrn Dr. Krupp von Bohlen und Halbach (der geschäftlich nur Vorsitzender des Aufsichtsrats der V. G. ist) den Prozeß machen, indem man ihm nämlich vorwarf, daß er das Heulen der Sirenen „nicht verboten“ habe. So wurde aus dem Prozeß „Harnisch und Genossen“ die für die Weltbewunderung viel brauchbarere Anklage gegen „Krupp und Genossen“. Dieser Kniff fiel leider der mit größter Heimlichkeit arbeitenden militärischen Untersuchungskommission erst in letzter Stunde vor Eröffnung des Hauptverfahrens ein, offenbar auf einen politischen Wink von Paris hin. Politische Wirksamkeit und Nachsicht war es ja auch, die dazu führte, daß man das Verfahren gegen die Direktoren mit der Anklage gegen drei Arbeiter wegen — Diebstahls und Hebelerei an einem belgischen Kotorrad verband, eine Angelegenheit, die mit den angeblichen politischen Vergehungen der Direktoren nichts zu tun hat. Der Einspruch des Hauptverteidigers, Marinand, zu Beginn der Hauptverhandlung, kam natürlich zu spät. Die französische Stimmungsmache hatte ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit schon weg. Diese Wirkung ging dahin, daß die Leiter des widerberühmten Kruppwerks auf derselben Bank mit den angeklagten Dieben Platz nehmen mußten. Das ist die französische Durchtriebenheit, vor der der deutsche Nicht in seinem Glauben an die Würde der Rechtspflege einfach barsch steht. Durchtriebenheit war es ja auch, daß Krupp von Bohlen über Nacht aus einem Zeugen zu einem Angeklagten gemacht wurde. So hat das für die Franzosen bedeutende Gewicht, das die beiderseitige Aussage des obersten Leiters des Kruppwerks haben konnte, glatt und lautlos weg. Trotzdem ist dafür gesorgt, daß die Bäume der Franzosen in diesem Prozeß nicht in den Himmel wachsen. Das Urteil verliert viel dadurch, daß von den zehn angeklagten Direktoren fünf nicht auf die Anklagebank zu bringen waren. Die Franzosen hängen also, wie die Nürnberger, keinen, den sie nicht haben. Nach französischem Recht kann gegen einen Angeklagten in Abwesenheit zwar verhandelt werden, aber die Verteidigung eines abwesenden Beschuldigten ist bei Vergehen und Verbrechen nicht zulässig. Für diesen Fall besteht ein besonderes Verfahren, gegen das der Verurteilte mit der sogenannten „Opposition“ Berufung einlegen kann. Es ist also außer der Revision beim Pariser Kassationshof eine Neuaufstellung des Werbener Prozesßes zu wiederholten Malen gestattet und damit die Möglichkeit eröffnet, die ganze Unmöglichkeit und Erbärmlichkeit des französischen Gerichtsverfahrens mehrmals vor aller Welt aufzuzeigen. Die kriegsgerichtliche Komödie, die beweisen will, daß nicht der Täter, sondern das Opfer schuld ist, und daß die deutschen Ruhrkämpfer eine gefährliche Sorte gemeiner Verbrecher sind, wird dann doch eines Tags in ihrer jämmerlichen Verlogenheit offenkundig werden.

Dr. E. H.

Die Antwort Frankreichs und Belgiens

Paris, 7. Mai.

Agence Havas veröffentlicht den Wortlaut der Note, die als Antwort auf die deutsche Note vom 2. Mai dem deutschen Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat v. Hülich, am Sonntagabend 7 Uhr übergeben worden ist.

Die französische und die belgische Regierung bestreiten, daß irgendeine ihrer Maßnahmen mit dem Friedensvertrag nicht übereinstimme, dagegen stehen die deutschen Vorschläge in mehreren Punkten in Widerspruch mit dem Vertrag. Deutschland habe unterschrieben die auf Grund des Friedensvertrags am 5. Mai 1921 festgelegten Zahlungsbedingungen (Londoner Ultimatum) anerkannt, aber es habe die übernommenen Verpflichtungen nicht gehalten, nicht einmal nach dem ihm bewilligten Zahlungsausschub. Auf Grund dieser Tatsache haben Frankreich und Belgien in Gemäßheit des Friedensvertrags Plünder genommen. Und wenn es nur von diesen beiden Mächten abhinge, hätten sie sofort im Ruhrgebiet die „Zusammenarbeit zwischen der französischen und der deutschen Industrie im ganzen“ herbeigeführt.

Die Befehle von Berlin haben diese Zusammenarbeit verhindert. Nicht die Bevölkerung habe den passiven Widerstand gemacht, sondern die Reichsregierung habe ihn eingerichtet. Wie würde sonst die Regierung Herr sein, ihn abzukürzen oder zu verlängern? Der Widerstand sei aber nicht talentlos abwehrend (passiv), sondern feindselig tätig (aktiv), während der Friedensvertrag ausdrücklich festsetze, daß Deutschland nicht berechtigt sei, eine Zwangsmassnahme der Verbündeten als feindselige Handlung anzusehen, wenn die Wiederherstellungskommission eine Verletzung Deutschlands festgestellt haben würde. Die beiden Regierungen können keinen deutschen Vorschlag berücksichtigen, solange dieser Widerstand fortgesetzt wird. Sie wollen nicht das Leben ihrer Truppen und Beamten Aufschlagen ausgesetzt sehen (!), während man die zu regelnden Fragen prüfe.

Die vorliegenden Vorschläge seien übrigens in mehrfacher Hinsicht vollkommen unannehmbar. Sie stellen nur ein Viertel der von der Entschädigungskommission festgesetzten Summe dar; eine Herabsetzung ihrer Forderung können die beiden Mächte nicht annehmen, und wenn sie bereit wären, einen Teil mit ihren Schulden in England und Amerika auszugleichen, so müßte die doch den vollen Rest verlangen. Das Interesse Frankreichs, der ganzen Welt und die Gerechtigkeit gebieten, daß die geschädigten Länder nicht mehr dazu verurteilt seien, sich selbst zu ruinieren und die Wiederaufrichtung ihrer Schuldner zu begünstigen. Das Angebot von 30 Milliarden enthalte, nach einem von deutscher Seite gebrauchten Ausdruck, eine „Elastizität“, deren Willkür und Gefahren man nicht ausdrücklich aufzuzeigen brauche.

Die deutsche Reichsregierung habe nie aufgehört, gegen die „Unbestimmtheit“ ihrer Verpflichtungen Einspruch zu erheben, und deshalb könne sie die nicht erfüllen. Gleichzeit

das, weil sie deren endgültige Ziffer nicht kennt? Heute sehe sie schon mehr als drei Fünftel des festen Teils ihrer Schuld herab und verringere den unbestimmten Teil um mehr als sieben Achteil. — aber sie spreche immer noch von „Unbestimmtheit“. Tatsächlich handle es sich in dem deutschen Vorschlag nur um scheinbare 30 Milliarden Goldmark. Der wirkliche Betrag reigne erst vom 1. Juli 1927 für eine Summe von 20 Milliarden. Deutschland verlange also einen vollen Zahlungsausschub von 4 1/2 Jahren. Da aber die Zinsen bis 1. Juli 1927 von dem Ertrag der Anleihe genommen werden sollten, so würde bei einem Diskont von 8 Prozent die 20 Milliarden tatsächlich auf 15 Milliarden 820 Millionen Goldmark zusammenschmelzen.

Deutschland verbürge aber nicht einmal die Zahlung dieses verringerten Betrags an dem genannten Tag, sie gebe vielmehr davon aus, daß, wenn die 20 Milliarden nicht durch Anleihen gedeckt werden, der nicht bezahlte Teil nur den lächerlichen Zins von 5 Prozent einbringen und einen zu tilgenden Betrag bilden könne. Nach weniger Sicherheit diene es bezüglich der beiden Ergänzungsbeträge von je 5 Milliarden. Derartige Unsicherheiten machen jede ernste Schätzung des Angebots unmöglich.

Überdies haben die französische und die belgische Regierung auf der Pariser Konferenz einmütig den Gedanken ausgesprochen, daß eine die Entschädigungskommission ihrer im Friedensvertrag geschuldeten Zuständigkeit entkleidet und durch eine internationale Kommission, internationale Ausschüsse von Geschäftsleuten oder Schiedsgerichte ersetzt werde.

Bezüglich der Sicherheiten für Darlehen und Sachlieferungen beschränkte sich die deutsche Reichsregierung auf die unbestimmten und unsicheren Gedanken, und trotz aller Mahnungen und Anweisungen der Verbündeten wisse die Reichsregierung heute noch nicht, wie sie ihre Finanzen ordnen und ihre Währung berechnen solle. Und genau so unbestimmt seien die gebotenen politischen Sicherungsleistungen für Frankreich; von Belgien spreche sie überhaupt nicht. Auch in diesem Punkt können die beiden Regierungen sich nicht begnügen.

Die französische und die belgische Regierung haben beschlossen, die neubesetzten Gebiete nur nach Maßgabe und im Verhältnis der getätigten Zahlungen zu räumen, und an diesem Beschluß haben sie nichts zu ändern. Sie können aber die Bemerkung nicht unterlassen, daß die deutsche Note vom Anfang bis zum Ende nur der faum verheißene Ausbund einer planmäßigen Auslieferung gegen den Weg von Versailles sei.

Aus den besetzten Gebieten

Die Ausweisungen

Koblenz, 7. Mai. Die Ausweisungen durch die Rheinsandkommission haben in größtem Umfang eingeleitet. Da bei ihr es vor allem auf Breußen und Bayern abgesehen. Die größte Zahl stellen die Eisenbahner und Postbeamte. Die Kommission hat aber in den letzten Tagen auch viele Privatleute ausgewiesen. Auch evangelische Pfarrer werden jetzt mehr von dem Schicksal ereilt. Lehrer, die vor vier Jahren die Heimat in Ost- und Westpreußen verlassen mußten, um in besetzten Gebiet eine neue Heimat zu finden, müssen jetzt zum zweitenmal auswandern.

Raubkrieg

Düsseldorf, 7. Mai. Die Franzosen bemächtigen sich aus der Stadtkasse einen Betrags von 50 Millionen Mark als „Buße“ für angebliche Störungen des Fernsprechnetzes. Krefeld, 7. Mai. Das belgische Polizeigericht verurteilt den Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeister a. D. Dr. Hoff aus Duisburg zu 50 000 Mark Geldstrafe.

Buer, 7. Mai. Ein französischer Wachposten schoß in einen Trupp Wanderer und erlegte einen jungen Mann schwer. In Ruhrort wurde non französischen Marineoldaten ein holländischer Schleppkahn mit Kohlen überfallen und die holländische Fahne heruntergezogen. Die Bemannung verließ das Schiff, worauf er von einem französischen Schleppboot weggeführt wurde. Auf Einschreiten des holländischen Konsuls wurde nach vier Tagen das Schiff wieder freigegeben. Es zeigte sich, daß der Hausrat des Schiffbesizers, alle Flaggen und ein Regener des Motors gestohlen waren; in der Kajüte war der Ofen umgeworfen, Spiegel und Fenster zertrümmert.

In Bonn haben 180 Familien von Beamten der verschiedenen Behörden den Befehl erhalten, binnen 4 Stunden ihre Wohnungen zu räumen. Sie dürfen nur Kleider und Wäsche mitnehmen; vor den Häusern sind Wachposten aufgestellt, die acht geben, daß keine Möbel und Geräte mitgenommen werden.

In Lier wurden 28 Eisenbahner mit Familien (150 Köpfe) aus den Wohnungen ausgewiesen. Damit sie keine Unterkunft in Gasthöfen finden, wurden diese vorher sämtlich von den Franzosen besetzt.

In Koblenz-Lüchel ist der Güterbahnhof mit diesen aufgestapelten Gütern, Benzin usw. vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt mehrere Milliarden Mark.

Für die besetzten Gebiete

Der Frauenausschuß des Finnischen Roten Kreuzes hat für das Ruhrgebiet 120 000 Finnennark (etwa 134 Millionen Mark) und 187 155 Reichsmark sowie bedeutende Mengen von Lebensmittel gesammelt. Die Gaben sind bereits dem Deutschen Roten Kreuz übermittel worden.

Fortige Soldaten als Kohlenlader

Weslar, 7. Mai. In Widal sind 700 farbige Soldaten angekommen, die damit beschäftigt werden, die Vorräte der Kohlenfabriken aufzuladen.

Rückgang der französischen Eisenindustrie

Berlin, 7. Mai. Im Dezember 1922 wurden in Frankreich 315 288 Tonnen Roheisen und 414 597 Tonnen Rohschrott erzeugt, wovon auf Lothringen 219 137 bzw. 148 000 Tonnen entfielen. Im März 1923 wurden noch 316 146 Tonnen Roheisen und 315 807 Tonnen Rohschrott gewonnen; davon in Lothringen 88 632 bzw. 79 222 Tonnen. Seit dem

Abbruch des Essener und Stahlerzeugungs Frankreichs um ein Drittel, die von Lothringen um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Lord Curzon über die Sicherheiten

London, 7. Mai. Bei dem Essen der konservativen Primrose-Saga hielt Lord Curzon eine Rede. Er sagte u. a., die einzige Lösung der Schwierigkeiten Europas liege in einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Man müsse sich folgende Punkte merken: 1. Die Festlegung einer endgültigen Entschädigungssumme, die der Zahlungsfähigkeit Deutschlands entspricht, und die Wiederherstellung seines Kredit, 2. Die Festlegung eines breiten, klühenden Gebietsstreifens zwischen den Ländern, durch den keine militärischen Streitkräfte geschickt werden dürfen.

Frankreichs Unfreundlichkeit gegen England

Paris, 7. Mai. Die Blätter geben nun zu, daß die britische Regierung „mit sehr starkem Nachdruck“ in Paris und Brüssel den Wunsch nach einer gemeinsamen Beantwortung der deutschen Note durch die Verbündeten ausgesprochen hat. Poincaré hat indessen jede Aussprache über die von ihm mit Belgien vereinbarten Antworten abgelehnt. Das einzige Zugeständnis war, daß die Antwort 24 Stunden eher in London und Rom mitgeteilt wurde, als sie an den deutschen Vertreter in Paris abgegeben wurde. So erklärt sich die Verschlebung der Verhandlungen auf dem Höhepunkt, zugleich ließ Poincaré mitteilen, daß die französische Regierung an ihrem Standpunkt nichts ändern wird, bis eine fremde Einwirkung zulassen werde.

— Das ist der öffentliche Antich, den je eine Großmacht vor einer mit ihr verbündeten Regierung erfahren haben dürfte, verachtet überdies durch die Sprache, die die Pariser Blätter gegen die britische Regierung führen. Ob England sich diese Behandlung gefallen lassen wird?

Neue Nachrichten

Vom Reichstag

Berlin, 7. Mai. Der Reichstag hat eine Entschließung des Ausschusses, daß die Berufsausbildung der Lehrlinge gesetzlich geregelt werde, angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, die Lehrlinge in die Tarifverträge einzubeziehen und die Bezahlung der Fortbildungsschulden dem Lehrern aufzubürden, wurde an den sozialpolitischen Ausschuss verwiesen. Angenommen wurde ferner eine vom Abg. Frey (Soz.) beantragte Entschließung, daß eine besondere Entschädigung solchen Arbeitern zu gewähren sei, die im Betrieb besonderen Gefahren oder Berufskrankheiten ausgesetzt sind.

„Eine bürgerliche Niederlage“

Berlin, 7. Mai. Nachdem zweimal die Beratung des Antrags der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft des Reichstags (Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei) betreffend den Schutz von Versammlungen dadurch vereitelt worden war, daß die Sozialdemokraten den Saal verlassen und die zurückbleibenden bürgerlichen Abgeordneten nicht zahlreich genug anwesend waren, um trotzdem die Beschlussfähigkeit des Hauses, wozu derzeit 230 Abgeordnete nötig sind, aufrecht zu erhalten, kam nun der Antrag zum dritten Mal auf die Tagesordnung. Auch diesmal waren von den 230 Abgeordneten der bürgerlichen Parteien wieder weniger als 230 anwesend, der Antrag wäre also wieder gefallen, da die Sozialdemokraten ihre Durchstreichung wiederholen wollten. Die demokratische Partei erklärte nun, zugleich im Namen des Zentrums, daß sie für einen von dem Abg. Kabisch (Soz.) den früheren Reichsjustizminister eingetragenen Antrag stimmen werden, wonach unter die Strafbedrohung solche Gewalttätigkeiten nicht fallen die im Zusammenhang mit Versammlungen, Aufmärschen usw., also vor oder nach denselben begangen werden, oder wenn sie die gewaltsame Sprengung dieser Versammlungen nicht erreichen konnten. Dieser Antrag ging tatsächlich durch; dagegen stimmten die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei. Die Sozialdemokraten verzichteten darauf auf weitere Obstruktionen; die gegen den erstgenannten Antrag, der in seiner abgeschwächten Form von der bürgerlichen Mehrheit in zweiter Lesung angenommen wurde. — Die „Rhein. Zig.“ schreibt dazu, der Schlußantrag sei jetzt so gut wie werillos gemacht. Man möge die Kandidatensliste entwerfen, wie man wolle, es liege eine vollständige Niederlage der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie vor. Die Öffentlichkeit habe alles Interesse daran, sich einmal gründlich mit der Frage der Pflichterfüllung der hochbegabten Reichstagsabgeordneten zu beschäftigen und diejenigen unter ihnen, die in unentschiedener Weise durch ihr Schwagen wichtige parlamentarische Aufgaben vereiteln, zur Rechenschaft zu ziehen und zur Wiederlegung ihres Mandats aufzufordern.

Schwierigkeiten der Markführung

Berlin, 7. Mai. Im Haushaltsausschuß des Reichstags erwähnte Reichsfinanzminister Hermes, daß die schwebende Schuld des Reichs in den drei Monaten von Januar bis März von 1481 auf 6601 Milliarden Mark gestiegen sei. Die Hauptursache für die Ausgaben liegen in der ungeheuren Geldentwertung. So erforderte die Reichsbahnbahn, früher die Haupteinnahmequelle des preussischen Staats, einen Zuschuß von 1700 Milliarden. Als Folgen des Friedensvertrags waren 1000 Milliarden, an Ueberweisungen an die Bundesstaaten für Besoldungsvorschüsse und Darlehen über 1000 Milliarden auszugeben. Die Besetzung des Ruhrgebiets hat bis 31. März Ausgaben von 374 Milliarden Mark verursacht. Im ganzen betragen die Marksausgaben im Rechnungsjahr 1922 8619 Milliarden Mark, wovon rund 2900 Milliarden durch eigene Einnahmen, 6900 Milliarden durch schwebende Schuld gedeckt sind. An dieser Schuld sind Post und Eisenbahn mit 2000 Milliarden, die Ausführung des Friedensvertrags mit 2000 und die allgemeine Reichsverwaltung mit 1600 Milliarden beteiligt. Die schon unerträglich Lage der deutschen Wirtschaft verschlechterte sich wesentlich durch die Besetzung und Abschließung des Ruhrgebiets. Eine weitere Entwertung der Mark konnte nur mit dem Aufgeben aller Loktraut verhindert werden. Von einer auf wirtschaftlicher Basis beruhenden oder politischen Besserstellung Deutschlands

Wir sollen die Liebe, die wir den Toten mit ins Grab geben, nicht den Lebenden entziehen. *Maab.*

Der Bravo.

121] Eine venezianische Begebenheit von Fenimore Cooper. (Schluß).

„Sel ohne Sorge!“ antwortete Gelsomina, tief Atem schöpfend. „Sie tun es nur zum Scherz — es ist eine Ihrer Listern, um mich zu führen — doch Sie können nicht, nein, Sie wagen es nicht, ein Haar auf meinem Haupt zu krümmen, Carlo!“

„Teuerste Gelsomina!“

„Nein, halte mich nicht. — Ich will zu den Bürgern reden und ihnen alles sagen. Sie sind nun gereizt; doch wenn Sie die Wahrheit erfahren, so werden Sie mich lieben, Carlo, wie ich Sie liebe.“

„Gott segne dich! — Ich wollte, du wärest nicht gekommen.“

„Fürchte nichts für mich! Ich bin an eine solche Menge nicht gewöhnt, doch du wirst sehen, daß ich Sie ordentlich anrede und läßt Ihnen die Wahrheit bekannt mache. Ich habe nur keinen Atem.“

„Geliebteste! du hast eine Mutter — einen Vater, in die sich deine Pflichten teilen soll. Die Pflichten gegen sie werden dich glücklich machen!“

„Nun kann ich sprechen und du sollst sehen, wie ich deinen Namen rächen werde.“

Sie erhob sich aus den Armen ihres Geliebten, der ungeachtet seiner Wunde ihre zarte Gestalt mit größerem Widerstreben gehen ließ, als er sich vom Leben trennte. Der Kampf in der Seele Jacopo's schien vorüber zu sein. Er beugte das Haupt gebaldig auf den Boden, vor welchem er kniete, und nach der Art, wie seine Hände gefaltet waren, betete er wahrscheinlich für die, welche ihn verließen. Nicht so Gelsomina. Sie teilte ihr Haar mit beiden Händen von der fadenlosen Stirn und trat zu den Fischern, die durch ihre roten Rappen und nackten Glieder ihrem Auge vertraut waren. Ihre Wästel gleich dem, welches die Einbildungskraft den Seligen in liebevoller Gemüthsstimmung zuschreibt.

„Venezianer!“ sagte sie, „ich kann auch nicht auftragen, ihr wollt hier Zeugen von dem Tode eines Mannes sein, den ihr unwürdig haltet, zu leben.“

„Der Mörder des alten Antonio!“ murmelten einige in der Gruppe.

„Ja, eben der Mörder dieses braven alten Mannes. Doch, wenn ihr die Wahrheit hört, wenn ihr erfahrt, daß der, den ihr für einen Neugeborenen hieltet, ein frommer Sohn, ein treuer Diener der Republik, ein väterlicher Gönner und eine edle Seele war, so werdet ihr euren blutigen Vorwurf aufgeben und nach Gerechtigkeit verlangen.“

Allgemeines Murren erlöste ihre Stimme, die so schwach und ältlich war, daß es tiefer Stille bedurfte, um ihre Worte zu hören. Der Karmeliter hatte sich zu ihrer Seite gestellt und gebot mit ernster Miene Schweigen.

„Hört Sie, Männer der Lagunen!“ sagte er, „Sie spricht die heilige Wahrheit.“

„Dieser ehrwürdige, fromme Mönch sind meine Zeugen. Wenn ihr Carlo besser kennen lernt und seine Schicksale gedenkt habt, werdet ihr die ersten sein, die um seine Befreiung rufen. Ich sage euch, damit ihr, wenn der Dogen dort am Fenster erscheint und das Zeichen der Begnadigung macht, nicht müßig werdet und denkt, eurem Stande sei Unrecht widerfahren. Der arme Carlo —“

„Das Mädchen raßt!“ unterbrachen sie die gornigen Fischer. „Hier ist kein Carlo, sondern Jacopo Frontoni, ein gemeiner Bravo.“

Gelsomina lächelte in der Sicherheit der Unschuld, und als sie wieder zu Atem kam, was aber die Gereiztheit ihrer Reden stets wieder verdrängte, fuhr sie fort — „Carlo oder Jacopo — Jacopo oder Carlo — daran liegt wenig.“

„Hal! da kommt ein Fischer vom Balast!“ rief der Karmeliter, indem er beide Arme nach dieser Richtung ausstreckte, als ob er noch einer Rede hätte. Die Klärung erklangen und ein neues Winken rührte die Menge. Gelsomina ließ einen Schrei des Entsetzens aus und wandte sich, um dem Begnadigten an die Brust zu sinken. Das Volk blühte vor ihren Augen und das Haupt Jacopo's ruhte auf die Seine, als hätte es ihr entgegen. Eine allgemeine Bewegung unter der wimmenden Masse begründete das Ende.

Die Dalmatier rückten in eine geschlossene Reihe zusammen, die Schirren drängten das Volk auf dem Weg zu ihren Wohnungen zurück, Wasser der See wurden auf die Flaggen

gesprengt und die getränkten Schwämme zusammengedrückt; Kopf und Kumpf, Biß, Rorb, Belt und Schaufelcher verschwand und die Menge lief um den verhängnisvollen Fied herum.

Während dieser schrecklichen Augenblicke bewegten sich weder Vater Anselmo noch Gelsomina. Alles war vorbei und das ganze Schauspiel schien nur ein Traum gewesen zu sein. „Nicht diese Verrückte weg!“ sagte ein Beamter der Polizei und deutete bei diesen Worten auf Gelsomina.

Mit venezianischer Dienstfertigkeit befolgte man seinen Befehl, doch seine Worte erwiesen sich, noch ehe seine Diener den Platz verlassen hatten, als prophetisch. Der Karmeliter konnte kaum atmen. Er blickte auf die wimmelnde Menge, auf die Fenster des Palastes und auf die Sonne, die so herrlich am Fenster schien.

„Du kommst dich in diesem Gedränge verlieren!“ riefte jemand an seiner Seite. „Ehrwürdiger Karmeliter, du wirst wohl tun, mit zu folgen.“

Der Mönch war zu sehr darnieder gedrückt, als daß er noch abzuern konnte, sein Führer leitete ihn auf vielen geheimen Pfaden noch dem Kai, wo er sogleich in einer Gondel nach dem Festland überstiegt. Ehe noch die Sonne den höchsten Stand erreicht hatte, besand sich der gedankenlos und zitternde Mönch auf der Reise nach den Staaten der Kirche; und ehe lange Zeit verging, war er im Schloß von St. Agata angesetzt.

Um die gewöhnliche Stunde sank die Sonne hinter die Berge Tirols und der Wind ging wieder überm Vido auf. Die engen Straßen von Venedig strömten wieder ihre Tausende auf die Plätze aus. Das milde Licht fiel auf die wunderliche Architektur und den sich aufsteigenden Turm und warf einen trübenden Schimmer über die Stadt der Inseln.

Die Portico's erhüllten sich mit Lampen, die modische Welt lachte, die Sorglosen scherzten, die Masken verfolgten ihre geheimen Pläne und die Masse trieb sich in der leeren Gasse um, welche das Vergnügen der Gedankenlosen und Müßiggänger anmacht. Jeder lebte nur für sich, während der Staat Venedig seinen lasterhaften Scepter führte und durch Verpöschung der heiligen Grundfälle, die nur in Wahrheit und natürlicher Gerechtigkeit Bestand haben, Weisheit, die Herrscher und Beherrschten in ihr Verderben zog.

Ende.

Eine Kalbin



37 Wochen trächtig, verkauft
Mittwoch Nachmittag 2 Uhr
1191 Ernst Häußler, Unterschwandorf.

Am Donnerstag, den 10. Mai, bin ich wieder in Nagold i. G. u. d. u. des abds. 7 Uhr zu sprechen.

Ohne Messer! 1189

entferne ich alle störenden Schönheitsfehler, Hauterkrankungen, Wargen, Muttermale, Döhneraugen, Sommersprossen, Sommerschädel, für immer ohne Narben, ohne Entzündung. Auch jagre ich ein Pflanzenpropagula, das grauen Haare ohne zu färben, die ursprüngliche Farbe verleiht u. garantiert, jedem, daß die Haare wieder wachsen, sogar auf Kahlköpfen durch meine Spezialmittel, wenn noch gesunde Wurzeln vorhanden. Für dauernd. Erfolg stehe ich ein. Anerkannt. a. all. Kreisen, 151, Prags.

Maria Ladener Bwe., Stuttgart,
Privatklinik für kosm. Chirurgie.

Danksagung.

Für die uns beim Heimgang unseres innigst geliebten Vaters

Hermann Reichert

Privatmann

erwiesene liebevolle Teilnahme sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.

Nagold, 7. Mai 1923.

Die trauernden Hinterbliebenen.

1187

Für die Sommermonate suche ein

Kochfräulein

und Küchemädchen

Gasthof und Pension z. „Lamm“
ZAVELSTEIN, Telefon Bad Teinach 14.

Gummi-Sohlen

Gummi-Absätze

Gummiplatten

Marke „Neckar“

sind äußerst dauerhaft, leicht und elastisch und bedeutend billiger wie Leder.

Zu haben bei:

Eberhard Schöttle, Schuhm.Mstr., EBHAUSEN.

1193



HAMBURG-AMERIKA LINIE

NORD-, ZENTR. L. UND SÜD-AMERIKA AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Raucherabteil. Erstklassige Salen- u. Kajütendampfer.

Eine wöchentliche Abfahrt von

HAMBURG NACH NEW YORK

Anschlüsse nach Deutschland durch

HAMBURG-AMERIKA LINIE

HAMBURG und deren Vertreter in:

Nagold: Friedrich Schmid.

STEMPEL

aller Art

liefert schnellstens

G. W. ZAISER, Nagold.

Rege und Jagd

ist die stärkste jagd- und sportliche Unterhaltung und amüsante Organe vieler Jagd- u. Hundesportler. — Unterhaltungen des u. u. Gesundes. — Probekonzerte sind gegen Geldeinsparung zu beziehen durch die Vertikalmittelung in Dillingen-Donau.

A

nzeigen

jeder Art haben im „Gesellschafter“
:: nachweislich besten Erfolg. ::

Ein schönes Geschenk ist eine

Taschenbibel.

Große Auswahl bei

Buchhandlg. Zaiser Nagold.

Schwarzwald-Bez.-Verein Nagold.

Am Himmelsthorloch
Kaufhaus nach: Teinach
Neuweiler-Bernd.

Bahnhof 8 50 vorm.
(Nachschauesper.) 1189

Der Ausschuß.

Eine gut gehaltene



Reinmaschine

mit Schlauchreif verkauft

Friedrich Eisenbeiß
1180 Effringen.

Juwerlignes, pünktliche

Mädchen

für Küche und Haushalt auf 1. Juni gesucht von

Frau E. Zaiser
Buchhandlung, Nagold.

Ein schöner, gut gebauter

Kinder-SPORTWAGEN

ist billig zu verkaufen.

Zu erfragen bei der

W. Zaiser, Nagold.

Mädchen-Gesuch.

Jüngeres 1185

Mädchen

auf 15. Mai oder 1. Juni gesucht.

Otto Rolett, Bader, Liebental.

Visitenkarten fertigt G. W. Zaiser

Billigster Ersatz für Schiefertafeln sind

Schiefer-Schreib-Hefte

D. R. G. M. Nr. 687 619.

Bestes und billigstes Lehrmaterial für Schulkinder der unteren Lehrstufen, weil unzerbrechlich und leicht handlich.

Vorrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

